



Vierteljähriger Abonnement für in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Ansertionsgebühr für den
Raum einer sechseitigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 552. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewend Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 24. November 1880.

Die Debatte über die „Juden-Frage“ im Abgeordnetenhaus.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die Discussion über die Interpellation Hänels wird im hiesigen Publikum noch lange nachwirken, da Berlin die einzige größere Stadt ist, welcher eine verhältnismäßig sehr bedeutende Einwanderung der Juden nachgewiesen ist, da ferner hier die Auswüchse der Börse, der Aktien- und Gründungsschwindel mehr wie anderwärts (vielleicht Frankfurt a. M. ausgenommen) zu Tage getreten ist, da endlich hier die mit bedeutenden Mitteln arbeitende Antisemitenliga ihren Sitz hat. Es ist ganz sicher, daß das feste rücksichtlose Vorgehen der Fortschrittspartei und Secessionisten und die Kläglichkeit, in der sich die Methode des Hof- und Domprediger Stöcker wiederum — just wie bei der Debatte über König Kaspar — darstellte, manchen Christen, der unter dem Einfluß einer Abneigung gegen Personen die Petition harmlos gefunden hat, eines Besseren belehrt haben wird. Unsere orthodoxen Geistlichen laborieren, wenn sie sich auf das Gebiet der Politik begeben, in der Regel an einem sehr geringen Verständnis dafür, daß man Behauptungen und Beschuldigungen gegen lebende Personen doch nicht, ohne Beweise zu bestehen, in die Welt schleudern darf. Bei dem Abgeordneten Stöcker ist das Unterscheidungsvermögen zwischen Wahrheit und Unwahrheit augenscheinlich ungewöhnlich gering entwickelt; mit einer wahrhaft kindlichen Gläubigkeit spricht er ohne Angabe der Quelle alle die in seinen politischen Kram passenden unwahren oder schiefen Behauptungen der clericalen und agrarischen Blätter oder der agrarischen und clericalen Hebbroschüren nach, und wundert sich des Todes, wenn ihm zugerufen wird: „Unwahr!“ oder „Namen!“ oder „Beweise!“ — Wirklich recht depriment für den Vaterlandstreund ist die Beobachtung, wie die Conservativen und die Clericalen des Abgeordnetenhauses in ihrer großen Mehrheit, nach ihren Zursen und Beifalls- und Missfallsäußerungen zu urtheilen, das bisher unter jeder früheren Zusammensetzung des Hauses von allen Seiten gewahnte Anstandsgefühl nicht mehr kennen, welches nicht duldet, daß von der Tribune eines Hauses einer Zahl von Personen, unter der sich auch anwesende Abgeordnete befinden, vorgeworfen werden darf, ein erheblicher Bruchtheil davon habe sich an unmoralischen oder verbrecherischen Handlungen betheiligt, ohne daß der Redner gezwungen wird, entweder die Namen zu nennen, oder die Bekleidung zurückzunehmen. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Präsident von Kölle, dessen mascholle und gerechte Geschäftsführung sonst allseitig anerkannt werden muß, gegen Herrn Stöcker hätte einschreiten müssen, als Rickert und Birchow, die unter der Forderung-Bertramischen Erklärung ihren Namen setzten, von dem Abg. Stöcker forderten, er solle dasjenige Viertel („mehr als ein Viertel“ sagte er) der Unterzeichner nennen, die „mehrmals, drei-, vier-, fünf- ja zwölftmal um das goldene Kalb getanzt“, d. h. sich an schwindelhaften Gründungen betheiligt hätten. Herr Abg. von Ludwig schien seinen Glagau, auf den er wie auf ein Evangelium schwört, diesmal nicht in der Tasche zu haben, aber er tröstete Herrn Stöcker bei jenen Anzapfungen vor versammeltem Hause eifrig, anscheinend ihm mit Gönnermiete seine und seines Freundes Glagau Unterstützung zugesichernd. Uebrigens wäre es eine nicht schwere Aufgabe nachzuweisen, daß alle von den Herren Bachem, Stöcker, v. Kröcher, Stroher, aus der Geschichte und Literatur zusammengetragenen Anschuldigungen gegen das Judenthum, soweit sie allgemeiner Art sind, aus den agrarischen und clericalen Hebbroschüren von Dr. Perrot (Vera Bleichröder-Delbrück-Camphausen), Wilmanns (goldene Internationale), Nienburg, Glagau u. s. w. kritiklos übernommen waren. Vor den liberalen Rednern war über den Inhalt dieser Schriften fast kein Einziger recht informirt (diese Sorte Literatur zu studiren, kostet allerdings einen normal veranlagten Menschen sehr große Überwindung), sonst hätten die Herren Antisemiten noch drastischer abgeführt werden können.

Unser Berliner Correspondent bringt folgenden Stimmungsbericht: Noch immer bildet die Debatte über die Interpellation Hänel den Mittelpunkt aller politischen Gespräche, und manche Einzelwahrnehmungen, die in den zwei bewegten Tagen vor dem nächstliegenden Interesse an den gehaltenen Reden zurücktraten, gewinnen jetzt an Bedeutung und helfen das Bild ergänzen, das die Berathung bot. Schon heute, wo eine Art von Ernüchterung sich der Gemüther be-

mächtigt hat, kann man von conservativen Abgeordneten hören, es sei doch eigentlich Unrecht, die Stellung ihrer Partei zur Tagesfrage nach den Plumpheiten eines Stroffer beurtheilen zu wollen. Den Durchschnitt ihrer Meinungen hätte man in der mäßvollen Rede des Abg. v. Heydebrand zu suchen, Stroffer habe nur für sich gesprochen und von Herrn Stöcker sei dies von vornherein selbstverständlich. An dieser Reservation ist freilich nur die gute Absicht zu loben, denn wer die fanatischen Beifallsabzeichen gehört hat, welche gestern der am wenigsten verschämte aller Redner, der ultramontane Abg. Bachem, von der Rechten empfing, der wird sich allen nachträglichen Abschwächungsversuchen gegenüber recht steiflich verhalten müssen. Ueberhaupt spielen die Zwischenrufe, die Beifalls- und Missfallsäußerungen in dieser Discussion eine ganz bedeutende Rolle, von der denn auch die parlamentarischen Berichte nur ein sehr unvollkommenes Bild geben. Durchgängig schweigend verhielten sich die Freiconservativen, die nicht blos keinen Redner vorschickten, sondern auch den bewegtesten Phasen der Verhandlung mit Ruhe folgten. Offenbar folgten sie einem Impulse von für sie maßgebender Stelle, wie denn auch die neueste Nummer der „Wochencorrespondenz“, des freiconservativen offiziellen Organs, die Judenfrage ohne Voreingenommenheit behandelt. Von liberaler Seite wird heute darauf aufmerksam gemacht, daß der Abg. Richter, welcher auf eine Rede des Freiherrn von Vincke vom Jahre 1847 exemplifizierte, um die Unhaltbarkeit des jetzt wieder so viel colportirten Wortes vom specifisch „christlichen“ Staate zu beweisen, noch andere und viel näher liegende Zeugnisse gegen diese Phrase hätte beibringen können. So äußerte sich u. A. der zeitige Geheimrat und bekannte frühere Abgeordnete Wehrenpennig bei der Budgetberathung im Januar 1869, gegenüber dem damaligen Cultusminister von Mühlner, dahin: „Was ist das für ein verwischter Standpunkt, vom christlichen Staat zu sprechen; nicht der christliche, der confessionelle Staat ist Ihr Ideal.“ Es war das dieselbe Sitzung, in welcher ein Gesinnungsgenosse des Herrn Stroffer, nämlich der Abg. Wantrup verschollenen Angebdenks, den vielbelachten Ausspruch that: „Die Erregung gegen das Cultusministerium stamme von der Schaar jener Gesinnungslosen, die mit ihrem Glauben Schiffbruch gelitten, verfährt durch hohe Wissenschaft die Schöpfungsgechichte der Bibel für ein Ammenmärchen erklären, statt das Ebenbild Gottes zu sein, lieber vom Aßen abstammen wollen und sich dieser Abstammung gemäß benehmen. Für Astenparvenus giebt es allerdings keine Religion und Confession mehr.“ Hätte man damals schon die Judenfrage gekannt, so würde Herr Wantrup sich vermutlich noch drastischer ausgedrückt haben.

Deutschland.

Berlin, 23. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem evangelischen Lehrer, Küster und Organisten Siebels zu Junius im Kreise Auriach und dem Steueraufseher Wilke zu Dedeleben im Kreise Oschersleben das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Bei dem Johannes-Gymnasium in Breslau ist der ordentliche Lehrer Dr. Robert Devéne zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 23. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute Mittag um 1½ Uhr den mit der Führung der 30sten Division beauftragten seltherigen Commandanten von Berlin, General-Major Freiherrn von Meerscheidt-Hillessem, und darauf den Prinzen Wilhelm, welcher Seine Rückkehr vom Urlaub meldete.

[Se. Majestät die Kaiserin und Königin] war am Sonnabend als Pathin bei der Taufe der jüngstgeborenen Prinzessin von Wied in Neuwied anwesend und empfing an demselben Tage den Besuch des Kronprinzen, sowie später des Prinzen Wilhelm auf Seiner Durchreise von England nach Wiesbaden. (R. Anz.)

○ Berlin, 23. Novbr. [Bundesrath.] — Das preußische Handelsministerium. Heute Mittag findet im Reichsamt des Inneren unter Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher eine Plenarsitzung des Bundesraths statt, auf deren Tagesordnung u. A. der Antrag Preußens, betreffend die Anwendung des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, steht. — Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Landeshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen für das Staatsjahr 1881/82, nebst Anlagen vorgelegt worden.

Offiziell wird geschrieben: „In hiesigen Zeitungen finden wir die Notiz, daß das preußische Handelsministerium ganz ausgehoben werden sollte; es dürfte dies auf eine mißverständliche Auffassung zurück-

zuführen sein. Wenn auch die wichtigen Geschäfte in Handelsäachen fortan dem Reiche angehören und im Reiche behandelt werden sollen, so wird doch immer ein ansehnlicher Kreis von Angelegenheiten übrig bleiben, welcher notwendigerweise Gegenstand der Behandlung in Preußen ist und man wird schwerlich mit der gänzlichen Auflösung des Handelsministeriums vorgehen in dem Augenblick, wo der Volkswirtschaftsrat nur für Preußen berufen wird.“

[Parteitag der Fortschrittspartei für das sächsische Erzgebirge.] Am Sonntag, den 28. November, findet in Zwönitz im Hotel zum Deutschen Kaiser ein Parteitag der deutschen Fortschrittspartei für das sächsische Erzgebirge und Vogtland und für die benachbarten thüringischen Lande statt. Abg. Eugen Richter hat seine Anwesenheit angelagt. Der Parteitag wird bestehen aus einer Nachmittags 2 Uhr stattfindenden vertraulichen Bevölkerung mit den auswärtigen Parteigenossen und einem Nachmittags 5½ Uhr stattfindenden Vortrage des Abg. Eugen Richter.

Schweiz.

Zürich, 20. Nov. [Zum Zolltarif. — Todessfälle.] In Folge der Einladung des eidg. Zolldepartements an die Kantone, für die zweite Berathung des Zolltarifs Bemerkungen und Anträge einzureichen, erließ die Direction des Handels- und Verkehrsweises von Schaffhausen an die Handel- und Gewerbetreibenden des Kantons eine Nachricht, die eine allgemeine Aufforderung. Es erfolgten hierauf vier Eingaben, in welchen auf den gegenwärtigen durch Zölle, Steuern, Geschäftskosten &c. außerer er schweren Grenzverkehr, auf die erschwernde Ein-, Aus- und Durchfuhr der Rohprodukte und fertigen Fabrikate &c. aufmerksam gemacht und um thunlichste Berücksichtigung dieser Verhältnisse bei Erlaß des Zolltarifs ersucht wird. Die Handels- und Verkehrsdirection bemerkte zu diesen Eingaben, daß bei einer sorgfältigen Prüfung derselben sich wohl Federmann, gleichwohl ob er den Standpunkt des Schutzzolles oder denjenigen des Freihandels etnehme, die evidente Überzeugung ergeben werde, daß namentlich für die schweizerische Grenzbevölkerung ein solcher Zustand nicht vorbestehen könne und daß es hohe Zeit sei, für unsere Industrie schützende Maßregeln zu ergreifen. Wer mit deutschen Grenzwohnern tagtäglich zu verkehren habe, werde gezeigt, eine Menge erschwernder und kostspieliger Vorschriften zu erfüllen, ja es werde der herwärtige Verkehr mit Deutschland unter gewissen Umständen geradezu verunmöglich, während der Deutsche, Dank unserer überall (?) angebrachten Liberalität, sich bei uns völlig frei bewege und unter dem Namen Zollabgabe eine bloße Controllgebühr zu entrichten habe, deren Betrag gegenüber dem deutschen Eingangs zoll außer allem Verhältniß stehe. Der Regierungsrath von Schaffhausen hat nun beschlossen, dem eidg. Zolldepartement zu Händen der eidg. Nähe die thunlichste Berücksichtigung aller diesfalls gestellten Wünsche dringend zu empfehlen, unter Hinweisung darauf, daß es eine der ersten Aufgaben der eidg. Nähe sein müsse, in zulässiger Weise den Weg der Reciprocity gegenüber den Zollansäsen und dem Grenzverkehr Deutschlands zu beschreiten, wenn nicht die schweizerische Industrie und der hauptsächlich auf derselben beruhende schweizerische Nationalreichtum in selbstverschuldeten Weise geschädigt und Handel und Wandel gelähmt werden sollen.

In den Genfer Großerthswahlen hat die radikal-liberalen Liste bei fast 13.000 Stimmen glänzend gesiegt und zwar besonders auf dem rechten und linken Ufer, mit kleiner Mehrheit auch in der Stadt. Carteret u. a. sind doppelt und dreifach gewählt; seine Partei zählt 100 Mitglieder, während die bisher in Mehrheit befindliche „demokratische“ (ein Ratsen König von Demokraten, Aristokraten und Ultramontanen) sich auf 10 Sitze beschränkt sieht. Dies bildet einen grellen Gegensatz zu ihren wirklichen Stärke und einen neuen Beweis für die proportionelle Vertretung. — Wir müssen schon wieder als Todengräber berichten. Wenn aber auch ausgezeichnete Menschen sterben, so ist ja Niemand unentbehrlieblich. In Airolo starb im 56sten Altersjahr Oberslieutenant Dotta, ein tüchtiger Offizier, Grossrat und Ständerath. Wegen seines edlen Charakters war er allgemein beliebt und an seinem Grabe widmeten ihm Redner beider Parteien Worte der herzlichsten Anerkennung seiner Verdienste. — Einer der besten schweizerischen Juristen, der Thurgauer Nagel, brachte es bloss auf 49 Jahre. Er war lange Zeit in Gerichtshöfen thätig, auch Mitglied des grossen Raths und Ständeraths, in welchen er wiederholt den Vorsitz führte. — In Basel wurde Dr. Roth aus Thurgau, Redakteur der „Schweiz. Grenzpost“, von einem Nervenfieber dahingerafft, erst 57 Jahre alt. Er gehörte zu den edelsten Blüden der

Es geht in seinen Forderungen etwas weiter als Claussen-Kaas, und, wie wir glauben mit Recht. Er will nicht nur die Handfertigkeit, sondern auch das gymnastische Spiel, als Endziel des Turnens (nach alsgriechischem Muster), den Gesang und die Redelbung organisch mit dem jehigen theoretischen Unterricht zu verbinden.

Eine derartige Ausbildung müßte aber auch (nach der Ansicht des Verfassers) auf die Entwicklung unseres Handwerks und unserer Industrie, welchen hiermit vorgebildete Elemente zugeführt würden, einen wesentlichen Einfluß ausüben. Ebenso würde sie den Haussleisch anregen und den Menschen somit enger an die Familie binden.

Wir zweifeln durchaus nicht an der hohen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung des praktischen Unterrichts, sind aber doch der Ansicht, daß der Verfasser ein wenig zu viel erwartet. Man pflegt ja immer von der Verwirklichung gewisser Lieblingsideen das Höchste zu hoffen.

Wir können hier nicht auf die interessanten Ausführungen des Verfassers im Einzelnen eingehen. Sie erstrecken sich auf den Nachweis der wohlhabigen Einwirkung einer im Sinne des praktischen Unterrichts reformierten Lehrmethode auf das Handwerk, die Industrie, das deutsche Familien- und Volksleben, auf die Bekämpfung der Socialdemokratie, auf das Proletariat, auf Notstandbezirke und verarmte Gegenden. Dann folgt auf den Nachweis der Notwendigkeit einer Schulreform die Frage des Einführungsmodus derselben — doch das sind Dinge, welche nur den engen Kreis derjenigen interessieren werden, die den Schulangelegenheiten näher stehen.

Auf einen Punkt dieser leichten Betrachtungen möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser richten. Es handelt sich um die Beantwortung der Frage: Von wem soll die Schulreform ausgehen, vom Staaate oder vom Volke, oder von beiden zusammen?

Die Sache ist von außerordentlicher Wichtigkeit und, wie wir glauben, von allgemeinem Interesse. Da dieselbe Frage den Gegenstand der neuesten

endlich, die Idee des praktischen Unterrichts zu verwirklichen. Der dänische Mittmeister von Claussen-Kaas arbeitet bereits seit 20 Jahren mit Erfolg daran, den seiner Erziehung überwiesenen Kindern gleichzeitig die notwendigsten theoretischen Kenntnisse als auch — und das ist das Wichtigste in seiner Wirksamkeit — eine gewisse Fertigkeit in verschiedenen Handarbeiten (Buchbinderei, Tischlerei, Bildschmiederei, Laubfägearbeit, Korbarbeit &c.) zu geben. Der Segnungen der aufopfernden Thätigkeit dieses Mannes erfreuen sich bisher nur Dänemark und Schweden. Erst in letzter Zeit ist die preußische Regierung auf die Erfolge dieses Erziehungssystems aufmerksam geworden und hat, wie wir nachdrücklich vom Verfasser erfahren, das preußische Cultusministerium die Geheimen Oberregierungsräthe Schneider und Lüders bereits beauftragt, Dänemark, Schweden und Norwegen zu bereisen, um die betreffenden Einrichtungen derselbst in Augenschein zu nehmen und die derselbst gemachten Erfahrungen festzustellen.

Wir übergehen den Theil der vorliegenden Schrift, in welcher der Verfasser nachweist, daß der Unterricht in der jetzigen Form ein ungünstiger, ja schädlicher ist, indem durch die Belastung des Gehirns mit schwerem Lernstoff in dem Kinde Unlust zur Arbeit hervergerufen und seine Gesundheit untergraben wird. Wer nicht zu den Fanatikern des Einrichtungs-wissenschaftler Dinge gehört, dem sind die Mängel dieses Unterrichts längst klar und die weitverbreitete Fröbel'sche Methode ist ja im Grunde nichts anderes, als das in neuerer Zeit von Claussen-Kaas gelehrt — und auch für ältere Schüler angewandte System. Es handelt sich bei Fröbel um die Verwertung der im Kinde liegenden Triebe und Wünsche zum Zwecke der Erweiterung seiner Anschaufähigkeiten, es handelt sich besonders darum, diese Triebe auf Gegenstände zu lenken, die der Entwicklung geistiger Fähigkeit und körperlicher Fertigkeit förderlich sein können.

Das Fröbel'sche System seinem Grundgedanken nach für das schulpflichtige Alter einzuführen — bekanntlich sind die Fröbel'schen Kindergarten nur eine Art Vorschule — das ist es, was der Verfasser anstrebt.

* Der praktische Unterricht, eine Forderung der Zeit an die Schule, sein erziehlicher, volkswirtschaftlicher und sozialer Wert von Emil von Schenkendorf. Breslau 1880. Ferdinand Hirz.

Journalist. Der „Bund“, welchen er früher redigierte, ver dankt ihm wesentlich den Ehrenplatz, welchen er in der Schweizer Presse einnimmt. — In Genf verschied Dr. Gastell aus Mainz, hochgeschäfft als Chemiker und Apotheker und als Wohlthäter der Armen. In Zürich bekleidete er das Amt eines Professors der Chemie am eldg. Polytechnikum 15 Jahre lang mit Auszeichnung.

Frauerei.

Paris, 19. Novbr. [Senatorenwahl. — Interpellation Lavigille's gegen den Marineminister. — Presprocesse. — Jules Simon. — Die Arbeitercongresse in Havre.] Es ist heute kein parlamentarisches Begebnis von einfiger Bedeutung zu verzeichnen. Die republikanischen Fractionen des Senats haben sich im Laufe des Nachmittags versammelt, um einen Kandidaten für den Sessel des verstorbenen Dr. Broca zu bezeichnen. Die einstimmige Wahl fiel auf den Kriegsminister General Farre. Man kannte dieses Resultat im Voraus und dieser vorläufige Wahlgang war eine bloße Formalität. Seit mehreren Jahren haben die republikanischen Parteien der oberen Kammer das Abkommen getroffen, daß ihnen das Recht zusteht, der Reihe nach bei Erledigung der lebenslänglichen Mandate einen Kandidaten vorzuschlagen. Diesmal war die Reihe an der republikanischen Union, deren Wahl schon vor einiger Zeit auf den General Farre gefallen war. Die andern Fractionen hatten einfach ihre Zustimmung zu geben. Die Monarchisten, die Bonapartisten, und die Dissidenten des linken Centrums wollen, wie es heißt, für den ehemaligen Deputirten François Rive stimmen. — Am nächsten Montag wird der Deputierte von Cherbourg, Lavigille, in der Kammer seine Interpellation über die Ernennung des Admirals Cloué zum Marineminister ankündigen. Vielleicht hätte er sich bewegen lassen, von derselben abzustehen, denn diese Interpellation ist dem Cabinet und Gambetta sehr unangenehm. Aber einige clerical Journale sahen das Gerücht in Umlauf, daß Lavigille nicht vorzugehen wolle, weil der Admiral Cloué ihm gedroht, gewisse Geschichten aus seiner Vergangenheit aufzudecken. Diese Verdächtigung will Lavigille nicht auf sich legen lassen. Von solchen persönlichen Unzulänglichkeiten, ja von den gehäuftesten Verleumdungen machen überhaupt die Journale in der letzten Zeit mit zunehmender Rücksichtslosigkeit Gebrauch. Es giebt einige unter ihnen, die geradezu nur von derartigem Scandal leben. Die Zahl der Presprocesse ist denn auch in erschreckendem Maßsthum begriffen, namentlich die der Verleumdungsprocce. Mit besonderer Vorliebe nehmen die Gegner der Regierung den Minister des Innern, Constance, aufs Korn. Soeben ist der „Triboulet“ verurtheilt worden, Constance 12,000 Frs. Schadenersatz zu zahlen, und neuerdings sieht sich dieser Minister bewogen, gegen ein Blatt in seiner Heimathstadt Toulouse, gegen die „Souverainité du Peuple“, eine Verleumdungsklage anzustrengen. — Binnen Kurzem soll die Broschüre Jules Simon's über den 16. Mai erscheinen. Sie wird jedenfalls Aufschluß geben über die wunderliche Enthüllung, welche Jules Simon jüngst im Senat gemacht hat: daß er nämlich acht Tage vor dem 16. Mai die Aufrufung erhalten habe, sich an dem bevorstehenden Staatsstreich zu beteiligen. Inzwischen sucht ein offenbar Jules Simon sehr nahestehender Politiker bereits im „National“ jene Aeußerung abzuschwärzen, indem er behauptet, die ganze diesem Minister zu Theil gewordene Andeutung habe darin bestanden, daß Mac Mahon ihm gesagt: „Sie regieren zu ausschließlich mit der Linken. Wenn Sie sich unabhängiger verhielten, könnten Sie beständig im Amt bleiben.“ Wenn wirklich das des Pubels ganzer Kern, so kann man sagen, daß Jules Simon den Senat und das Publikum mystifiziert hat. Aber wie die Dinge einmal stehen, wird er schwerlich die Leute davon überzeugen, daß nicht Anderes dahintersteckt hat. — In Havre läuft die Spalte zwischen dem eigentlichen Arbeitercongres und den Collectivisten immer weiter auf. In dem ersten Congres ist gestern die collectivistische Idee von der Aushebung des Privateigenhums aufs Entschiedene bekämpft worden.

Paris, 20. Novbr. [Das Listenscrutinium. — Das Gelbbuch. — Blanqui. — Phat.] Gestern ist die große Frage des Listenscrutiniums in einer der Initiativ-Commissionen der Kammer vorläufig zur Sprache gekommen. Diese Initiativ-Commission hatte darüber zu entscheiden, ob sie der Kammer empfehlen wolle, den bekannten Bardoufschen Antrag in Erwägung zu nehmen oder nicht. Wenn man nach ihrem Urtheile auf das Schicksal dieses Gesetzesantrages schließen will, so ist derselbe sehr gefährlich, denn mit 8 gegen 5 Stimmen beschloß die Commission, der Kammer seine Abweisung vorzuschlagen. Darin spricht sich eine gewisse Feindseligkeit gegen Gambetta aus, der bekanntlich die Einführung des Listenscrutiniums lebhaft wünscht. Das letzte Wort in dieser Beziehung ist aber noch nicht gesprochen. — Die Veröffentlichung des Gelbbuches scheint wieder verschoben zu sein, da man mit dem Drucke desselben nicht fertig geworden. — Heute erschien das neue Blatt Blanqui's. Die erste Mittheilung, die es seinen Lesern zu machen hat, ist, daß der Eigentümer des Gebäudes, in welchem die Redaktion ihre Wohnung aufgeschlagen hat, ihre Aussöhnung verlangt, weil er durch den Titel des Journals „Ni Dieu ni maître“ sein Haus entehrt fühlt. Felix Phat ist nicht, wie man glaubte, in Belgien, sondern hat in Madrid eine Zufluchtstätte gesucht.

Schrift von Dr. J. Kollmann*) bildet, wird es sich empfehlen, die Ansichten der beiden Autoren gegenüber zu stellen. Der Verfasser, der leitgenannten Broschüre ist als ein lührer Vorlämpfer für Recht und Wahrheit bekannt. Er scheut es nicht, seine Überzeugung frei heraus zu sagen, wenn er auch darauf gefaßt ist, Unwillen und Anger hervorzurufen. Auch das vorliegende Schriftchen wird nicht verfehlten, die Gegner Kollmann's in Hornisch zu bringen — aber wir glauben, auch viele seiner Freunde dürften ihm diesmal nicht ganz bestimmen.

Er geht von dem Grundsatz aus, daß der Staat nicht die Berechtigung habe, mit Umgebung der persönlichen Freiheit, den Bürger zwangsweise zur Erziehung seiner Kinder anzuhalten. Durch den Schulzwang wird zunächst eines der wichtigsten und natürlichen Rechte, die väterliche Gewalt aus Empfindlichkeit verletzt, ohne daß auf der andern Seite der Familie ein Äquivalent dafür wird, in der Erwerbsfähigkeit des zwangswise unterrichteten Kindes. Das weiß jedermann, daß gewisse Kenntnisse fürs Leben notwendig sind, und es bedarf nur für Wenige des Zwanges der Schulpflicht. Für diese Wenigen ist aber der unter Widerstreben genossene Unterricht von geringem oder gar keinem Erfolg. Das mit Mühe eingetretene verliest ebenso schnell wieder aus Mangel an Übung. Wie viele Kinder aber den nicht zu unterschätzenden Strapazen regelmäßigen Schulbesuchs unterliegen (der Verfasser erinnert an das Dorf Wessolowo in Westpreußen, dessen schulpflichtige Jugend täglich nach dem mehr als eine Stunde entfernten Grodzino zu laufen hat), wie viele Eltern darunter Leiden, daß die Arbeitskraft ihrer Kinder ihnen entzogen wird — ist ein Gedanke, der unserer gewohnten Betrachtung der Schulfrage fern liegt. Das einzige Mittel, uns mit dem Schulzwange einigermaßen auszusöhnen, könnte nur darin bestehen, daß die Verwaltung und Leitung vorzüglich und den Volkswünschen entsprechend wären. Das Volk hat aber in

*) Weg mit dem preußischen Schulzwange! Von Dr. J. Kollmann. Löbau, Westpr. R. Strzelzel.

Paris, 21. Novbr. [Aus dem Senate. — Gesetz über die Mädchenerziehung. — Aus der Deputirtenkammer. — Magistraturgesetz. — Der Marineminister. — Indirekte Steuern. — Zur Presse.] Die parlamentarische Woche endigte ruhig, wie sie im Ganzen einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Der Senat berieb gestern über ein Gesetz, welches der Erziehung der Mädchen einen liberaleren Charakter zu geben sucht und das, wie seinerzeit gemeldet, in der Kammer schon zur Annahme gekommen. Drei Redner traten dabei auf: der Clerico-Monarchist des Bussayns de Richmond widersegte sich jeder Reform. Er ist der Ansicht, daß die Frauen heutzutage schon zu sehr unterrichtet sind, und er verließ unter großem Beifall der Rechten die Tribune mit dem pathetischen Ausdruck: „Christenthum oder Nichtchristum, ein Drittes gibt es für die Frauen nicht.“ Ferrouillat von der Linken bekämpfte diese engerzige Auffassung und legte großen Nachdruck auf die wichtige und hohe Rolle, welche die Frauen bei der Erziehung der neuen Geschlechter zu spielen haben. Dann nahm der Berichterstatter, der greise Historiker Henri Martin, das Wort, aber er behielt es nicht lange. Mitten in einem Satze schien ihn ein plötzliches Unwohlsein zu befallen, er bewegte die Lippen, aber man hörte keinen Laut. Die Freunde des Redners verlangten die Verlängerung der Debatte und beeilten sich, ihm zu Hilfe zu kommen. Dieses Unwohlsein wird höchstens keine weiteren Folgen haben. — Die Kammer ist bis zum Artikel 8 des Magistraturgesetzes gelangt, welcher bestimmt, daß die richterliche Unabschaffbarkeit behufs Umgestaltung der Magistratur für ein Jahr aufgehoben werden soll. Es ist dies der Artikel, der jedenfalls die lebhafteste Diskussion veranlassen wird. Einweilen ist man nicht auf ihr eingegangen und die Debatte ist auf Montag verschoben worden, nachdem man zwei Amendments beseitigt hatte. Das Amendment Beauquier, wonach die Richter durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden sollen (abgelehnt mit 263 gegen 204 Stimmen), und das Amendment Marcon, welches die Abschaffbarkeit der Richter auf drei Jahre ausdehnen wollte. — Für morgen steht zuerst die Interpellation Lavigille's gegen Cloué und für Dienstag der Antrag Lassall's auf Anordnung einer Enquete in der Cissey'schen Angelegenheit auf der Tagesordnung. Dabei könnten sich leicht die Gemüther von Neuem erhöhen. Mehrere Blätter zeigen an, daß das Cabinet entschlossen ist, den Marineminister Cloué gegen seine Widersacher zu verteidigen. Wunderlich genug, daß man dergleichen erst anzeigen muß. Jules Ferry und seine Collegen haben jedenfalls die politische Vergangenheit Cloué's gekannt, als sie ihn zum Eintritt ins Ministerium einluden und es wäre in der That seltsam, wenn sie ihn jetzt nicht weiteres im Stiche ließen, zumal da erst vor Kurzem der Conseil-président auf der Tribune die Solidarität des Ministeriums behauptet hat. — In den politischen Kreisen ist jetzt vorzüglich von dem Listenscrutinium und den Arrondissementswahlen die Rede. Daß vorgestern die Initiativ-Commission der Kammer sich entschieden gegen die Listenwahlen und somit gegen eine Umgestaltung des jetzigen Wahlsystems auszusprechen wagte, hat außerhalb der Kammer große Überraschung hervorgerufen. Man sah darin einen Beweis der Opposition gegen Gambetta, der das Listenscrutinium will; man behauptete sogar, daß Angehörige dieser Opposition Gambetta bereits auf die Wahlreform verzichtet habe. In Wahrheit ist die Sache offenbar nicht soweit. Unleugbar sind die meisten Deputirten zur Linken wie zur Rechten sehr gegen die Abschaffung der Arrondissements-Abstimmung, denn die Herren fühlen wohl, daß der Einfluß, den sie in ihrem Bezirk gewonnen haben, nicht ausreichen würde, sie einem ganzen Departement zu empfehlen. Sie fürchten ihr Mandat zu verlieren, und die Meisten wohl mit Recht. Nun sind aber diese Gründe bei einer öffentlichen Diskussion schwer anzuführen und Mancher, der im Stillen die Listenabstimmung verwünscht, dürfte sich in die Notwendigkeit versetzt fühlen, ihr zuzustimmen, wenn die Sache zur Debatte kommt, und sie wird jedenfalls dazu kommen. Die Gambetta'sche „République“ tritt heute in ihrem Letztartikel unumwunden für die Listenwahlen ein. „Das jetzige System“, erklärt sie, „ist eine tödliche Wirkung auf alles politische Leben. Mit den jetzigen Einzelwahlen würden die Interessen der Nation mehr und mehr durch die localen Interessen absorbiert werden.“ Die „Débats“ und die meisten anderen republikanischen Blätter sind ebenfalls für die Listenabstimmung, und durch diese allgemeine Propaganda könnte der Widerstand der Deputirten leicht gebrochen werden, umso mehr, da Gambetta jedenfalls nichts verklären wird, auch seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen. — Die indirekten Steuern haben in der ersten Hälfte des November abermals einen Überschub von beinahe 11 Millionen gesezert. — Am 10. December wird das neue Organ des Prinzen Jerome unter dem Titel „Napoléon“ erscheinen. Die Hauptredacteure sind: Philius, Pascal und Dartimon.

Paris, 21. Novbr. [Aus dem Senate. — Gesetz über die Mädchenerziehung. — Aus der Deputirtenkammer. — Magistraturgesetz. — Der Marineminister. — Indirekte Steuern. — Zur Presse.] Die parlamentarische Woche endigte ruhig, wie sie im Ganzen einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Der Senat berieb gestern über ein Gesetz, welches der Erziehung der Mädchen einen liberaleren Charakter zu geben sucht und das, wie seinerzeit gemeldet, in der Kammer schon zur Annahme gekommen. Drei Redner traten dabei auf: der Clerico-Monarchist des Bussayns de Richmond widersegte sich jeder Reform. Er ist der Ansicht, daß die Frauen heutzutage schon zu sehr unterrichtet sind, und er verließ unter großem Beifall der Rechten die Tribune mit dem pathetischen Ausdruck: „Christenthum oder Nichtchristum, ein Drittes gibt es für die Frauen nicht.“ Ferrouillat von der Linken bekämpfte diese engerzige Auffassung und legte großen Nachdruck auf die wichtige und hohe Rolle, welche die Frauen bei der Erziehung der neuen Geschlechter zu spielen haben. Dann nahm der Berichterstatter, der greise Historiker Henri Martin, das Wort, aber er behielt es nicht lange. Mitten in einem Satze schien ihn ein plötzliches Unwohlsein zu befallen, er bewegte die Lippen, aber man hörte keinen Laut. Die Freunde des Redners verlangten die Verlängerung der Debatte und beeilten sich, ihm zu Hilfe zu kommen. Dieses Unwohlsein wird höchstens keine weiteren Folgen haben. — Die Kammer ist bis zum Artikel 8 des Magistraturgesetzes gelangt, welcher bestimmt, daß die richterliche Unabschaffbarkeit behufs Umgestaltung der Magistratur für ein Jahr aufgehoben werden soll. Es ist dies der Artikel, der jedenfalls die lebhafteste Diskussion veranlassen wird. Einweilen ist man nicht auf ihr eingegangen und die Debatte ist auf Montag verschoben worden, nachdem man zwei Amendments beseitigt hatte. Das Amendment Beauquier, wonach die Richter durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden sollen (abgelehnt mit 263 gegen 204 Stimmen), und das Amendment Marcon, welches die Abschaffbarkeit der Richter auf drei Jahre ausdehnen wollte. — Für morgen steht zuerst die Interpellation Lavigille's gegen Cloué und für Dienstag der Antrag Lassall's auf Anordnung einer Enquete in der Cissey'schen Angelegenheit auf der Tagesordnung. Dabei könnten sich leicht die Gemüther von Neuem erhöhen. Mehrere Blätter zeigen an, daß das Cabinet entschlossen ist, den Marineminister Cloué gegen seine Widersacher zu verteidigen. Wunderlich genug, daß man dergleichen erst anzeigen muß. Jules Ferry und seine Collegen haben jedenfalls die politische Vergangenheit Cloué's gekannt, als sie ihn zum Eintritt ins Ministerium einluden und es wäre in der That seltsam, wenn sie ihn jetzt nicht weiteres im Stiche ließen, zumal da erst vor Kurzem der Conseil-président auf der Tribune die Solidarität des Ministeriums behauptet hat. — In den politischen Kreisen ist jetzt vorzüglich von dem Listenscrutinium und den Arrondissementswahlen die Rede. Daß vorgestern die Initiativ-Commission der Kammer sich entschieden gegen die Listenwahlen und somit gegen eine Umgestaltung des jetzigen Wahlsystems auszusprechen wagte, hat außerhalb der Kammer große Überraschung hervorgerufen. Man sah darin einen Beweis der Opposition gegen Gambetta, der das Listenscrutinium will; man behauptete sogar, daß Angehörige dieser Opposition Gambetta bereits auf die Wahlreform verzichtet habe. In Wahrheit ist die Sache offenbar nicht soweit. Unleugbar sind die meisten Deputirten zur Linken wie zur Rechten sehr gegen die Abschaffung der Arrondissements-Abstimmung, denn die Herren fühlen wohl, daß der Einfluß, den sie in ihrem Bezirk gewonnen haben, nicht ausreichen würde, sie einem ganzen Departement zu empfehlen. Sie fürchten ihr Mandat zu verlieren, und die Meisten wohl mit Recht. Nun sind aber diese Gründe bei einer öffentlichen Diskussion schwer anzuführen und Mancher, der im Stillen die Listenabstimmung verwünscht, dürfte sich in die Notwendigkeit versetzt fühlen, ihr zuzustimmen, wenn die Sache zur Debatte kommt, und sie wird jedenfalls dazu kommen. Die Gambetta'sche „République“ tritt heute in ihrem Letztartikel unumwunden für die Listenwahlen ein. „Das jetzige System“, erklärt sie, „ist eine tödliche Wirkung auf alles politische Leben. Mit den jetzigen Einzelwahlen würden die Interessen der Nation mehr und mehr durch die localen Interessen absorbiert werden.“ Die „Débats“ und die meisten anderen republikanischen Blätter sind ebenfalls für die Listenabstimmung, und durch diese allgemeine Propaganda könnte der Widerstand der Deputirten leicht gebrochen werden, umso mehr, da Gambetta jedenfalls nichts verklären wird, auch seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen. — Die indirekten Steuern haben in der ersten Hälfte des November abermals einen Überschub von beinahe 11 Millionen gesezert. — Am 10. December wird das neue Organ des Prinzen Jerome unter dem Titel „Napoléon“ erscheinen. Die Hauptredacteure sind: Philius, Pascal und Dartimon.

Paris, 21. Novbr. [Aus dem Senate. — Gesetz über die Mädchenerziehung. — Aus der Deputirtenkammer. — Magistraturgesetz. — Der Marineminister. — Indirekte Steuern. — Zur Presse.] Die parlamentarische Woche endigte ruhig, wie sie im Ganzen einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Der Senat berieb gestern über ein Gesetz, welches der Erziehung der Mädchen einen liberaleren Charakter zu geben sucht und das, wie seinerzeit gemeldet, in der Kammer schon zur Annahme gekommen. Drei Redner traten dabei auf: der Clerico-Monarchist des Bussayns de Richmond widersegte sich jeder Reform. Er ist der Ansicht, daß die Frauen heutzutage schon zu sehr unterrichtet sind, und er verließ unter großem Beifall der Rechten die Tribune mit dem pathetischen Ausdruck: „Christenthum oder Nichtchristum, ein Drittes gibt es für die Frauen nicht.“ Ferrouillat von der Linken bekämpfte diese engerzige Auffassung und legte großen Nachdruck auf die wichtige und hohe Rolle, welche die Frauen bei der Erziehung der neuen Geschlechter zu spielen haben. Dann nahm der Berichterstatter, der greise Historiker Henri Martin, das Wort, aber er behielt es nicht lange. Mitten in einem Satze schien ihn ein plötzliches Unwohlsein zu befallen, er bewegte die Lippen, aber man hörte keinen Laut. Die Freunde des Redners verlangten die Verlängerung der Debatte und beeilten sich, ihm zu Hilfe zu kommen. Dieses Unwohlsein wird höchstens keine weiteren Folgen haben. — Die Kammer ist bis zum Artikel 8 des Magistraturgesetzes gelangt, welcher bestimmt, daß die richterliche Unabschaffbarkeit behufs Umgestaltung der Magistratur für ein Jahr aufgehoben werden soll. Es ist dies der Artikel, der jedenfalls die lebhafteste Diskussion veranlassen wird. Einweilen ist man nicht auf ihr eingegangen und die Debatte ist auf Montag verschoben worden, nachdem man zwei Amendments beseitigt hatte. Das Amendment Beauquier, wonach die Richter durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden sollen (abgelehnt mit 263 gegen 204 Stimmen), und das Amendment Marcon, welches die Abschaffbarkeit der Richter auf drei Jahre ausdehnen wollte. — Für morgen steht zuerst die Interpellation Lavigille's gegen Cloué und für Dienstag der Antrag Lassall's auf Anordnung einer Enquete in der Cissey'schen Angelegenheit auf der Tagesordnung. Dabei könnten sich leicht die Gemüther von Neuem erhöhen. Mehrere Blätter zeigen an, daß das Cabinet entschlossen ist, den Marineminister Cloué gegen seine Widersacher zu verteidigen. Wunderlich genug, daß man dergleichen erst anzeigen muß. Jules Ferry und seine Collegen haben jedenfalls die politische Vergangenheit Cloué's gekannt, als sie ihn zum Eintritt ins Ministerium einluden und es wäre in der That seltsam, wenn sie ihn jetzt nicht weiteres im Stiche ließen, zumal da erst vor Kurzem der Conseil-président auf der Tribune die Solidarität des Ministeriums behauptet hat. — In den politischen Kreisen ist jetzt vorzüglich von dem Listenscrutinium und den Arrondissementswahlen die Rede. Daß vorgestern die Initiativ-Commission der Kammer sich entschieden gegen die Listenwahlen und somit gegen eine Umgestaltung des jetzigen Wahlsystems auszusprechen wagte, hat außerhalb der Kammer große Überraschung hervorgerufen. Man sah darin einen Beweis der Opposition gegen Gambetta, der das Listenscrutinium will; man behauptete sogar, daß Angehörige dieser Opposition Gambetta bereits auf die Wahlreform verzichtet habe. In Wahrheit ist die Sache offenbar nicht soweit. Unleugbar sind die meisten Deputirten zur Linken wie zur Rechten sehr gegen die Abschaffung der Arrondissements-Abstimmung, denn die Herren fühlen wohl, daß der Einfluß, den sie in ihrem Bezirk gewonnen haben, nicht ausreichen würde, sie einem ganzen Departement zu empfehlen. Sie fürchten ihr Mandat zu verlieren, und die Meisten wohl mit Recht. Nun sind aber diese Gründe bei einer öffentlichen Diskussion schwer anzuführen und Mancher, der im Stillen die Listenabstimmung verwünscht, dürfte sich in die Notwendigkeit versetzt fühlen, ihr zuzustimmen, wenn die Sache zur Debatte kommt, und sie wird jedenfalls dazu kommen. Die Gambetta'sche „République“ tritt heute in ihrem Letztartikel unumwunden für die Listenwahlen ein. „Das jetzige System“, erklärt sie, „ist eine tödliche Wirkung auf alles politische Leben. Mit den jetzigen Einzelwahlen würden die Interessen der Nation mehr und mehr durch die localen Interessen absorbiert werden.“ Die „Débats“ und die meisten anderen republikanischen Blätter sind ebenfalls für die Listenabstimmung, und durch diese allgemeine Propaganda könnte der Widerstand der Deputirten leicht gebrochen werden, umso mehr, da Gambetta jedenfalls nichts verklären wird, auch seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen. — Die indirekten Steuern haben in der ersten Hälfte des November abermals einen Überschub von beinahe 11 Millionen gesezert. — Am 10. December wird das neue Organ des Prinzen Jerome unter dem Titel „Napoléon“ erscheinen. Die Hauptredacteure sind: Philius, Pascal und Dartimon.

Paris, 21. Novbr. [Aus dem Senate. — Gesetz über die Mädchenerziehung. — Aus der Deputirtenkammer. — Magistraturgesetz. — Der Marineminister. — Indirekte Steuern. — Zur Presse.] Die parlamentarische Woche endigte ruhig, wie sie im Ganzen einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Der Senat berieb gestern über ein Gesetz, welches der Erziehung der Mädchen einen liberaleren Charakter zu geben sucht und das, wie seinerzeit gemeldet, in der Kammer schon zur Annahme gekommen. Drei Redner traten dabei auf: der Clerico-Monarchist des Bussayns de Richmond widersegte sich jeder Reform. Er ist der Ansicht, daß die Frauen heutzutage schon zu sehr unterrichtet sind, und er verließ unter großem Beifall der Rechten die Tribune mit dem pathetischen Ausdruck: „Christenthum oder Nichtchristum, ein Drittes gibt es für die Frauen nicht.“ Ferrouillat von der Linken bekämpfte diese engerzige Auffassung und legte großen Nachdruck auf die wichtige und hohe Rolle, welche die Frauen bei der Erziehung der neuen Geschlechter zu spielen haben. Dann nahm der Berichterstatter, der greise Historiker Henri Martin, das Wort, aber er behielt es nicht lange. Mitten in einem Satze schien ihn ein plötzliches Unwohlsein zu befallen, er bewegte die Lippen, aber man hörte keinen Laut. Die Freunde des Redners verlangten die Verlängerung der Debatte und beeilten sich, ihm zu Hilfe zu kommen. Dieses Unwohlsein wird höchstens keine weiteren Folgen haben. — Die Kammer ist bis zum Artikel 8 des Magistraturgesetzes gelangt, welcher bestimmt, daß die richterliche Unabschaffbarkeit behufs Umgestaltung der Magistratur für ein Jahr aufgehoben werden soll. Es ist dies der Artikel, der jedenfalls die lebhafteste Diskussion veranlassen wird. Einweilen ist man nicht auf ihr eingegangen und die Debatte ist auf Montag verschoben worden, nachdem man zwei Amendments beseitigt hatte. Das Amendment Beauquier, wonach die Richter durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden sollen (abgelehnt mit 263 gegen 204 Stimmen), und das Amendment Marcon, welches die Abschaffbarkeit der Richter auf drei Jahre ausdehnen wollte. — Für morgen steht zuerst die Interpellation Lavigille's gegen Cloué und für Dienstag der Antrag Lassall's auf Anordnung einer Enquete in der Cissey'schen Angelegenheit auf der Tagesordnung. Dabei könnten sich leicht die Gemüther von Neuem erhöhen. Mehrere Blätter zeigen an, daß das Cabinet entschlossen ist, den Marineminister Cloué gegen seine Widersacher zu verteidigen. Wunderlich genug, daß man dergleichen erst anzeigen muß. Jules Ferry und seine Collegen haben jedenfalls die politische Vergangenheit Cloué's gekannt, als sie ihn zum Eintritt ins Ministerium einluden und es wäre in der That seltsam, wenn sie ihn jetzt nicht weiteres im Stiche ließen, zumal da erst vor Kurzem der Conseil-président auf der Tribune die Solidarität des Ministeriums behauptet hat. — In den politischen Kreisen ist jetzt vorzüglich von dem Listenscrutinium und den Arrondissementswahlen die Rede. Daß vorgestern die Initiativ-Commission der Kammer sich entschieden gegen die Listenwahlen und somit gegen eine Umgestaltung des jetzigen Wahlsystems auszusprechen wagte, hat außerhalb der Kammer große Überraschung hervorgerufen. Man sah darin einen Beweis der Opposition gegen Gambetta, der das Listenscrutinium will; man behauptete sogar, daß Angehörige dieser Opposition Gambetta bereits auf die Wahlreform verzichtet habe. In Wahrheit ist die Sache offenbar nicht soweit. Unleugbar sind die meisten Deputirten zur Linken wie zur Rechten sehr gegen die Abschaffung der Arrondissements-Abstimmung, denn die Herren fühlen wohl, daß der Einfluß, den sie in ihrem Bezirk gewonnen haben, nicht ausreichen würde, sie einem ganzen Departement zu empfehlen. Sie fürchten ihr Mandat zu verlieren, und die Meisten wohl mit Recht. Nun sind aber diese Gründe bei einer öffentlichen Diskussion schwer anzuführen und Mancher, der im Stillen die Listenabstimmung verwünscht, dürfte sich in die Notwendigkeit versetzt fühlen, ihr zuzustimmen, wenn die Sache zur Debatte kommt, und sie wird jedenfalls dazu kommen. Die Gambetta'sche „République“ tritt heute in ihrem Letztartikel unumwunden für die Listenwahlen ein. „Das jetzige System“, erklärt sie, „ist eine tödliche Wirkung auf alles politische Leben. Mit den jetzigen Einzelwahlen würden die Interessen der Nation mehr und mehr durch die localen Interessen absorbiert werden.“ Die „Débats“ und die meisten anderen republikanischen Blätter sind ebenfalls für die Listenabstimmung, und durch diese allgemeine Propaganda könnte der Widerstand der Deputirten leicht gebrochen werden, umso mehr, da Gambetta jedenfalls nichts verklären wird, auch seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen. — Die indirekten Steuern haben

und Schuhwarenfabrikant Königbaum; in der dritten Abtheilung Herr Kaufmann Klapffer, und neu gewählt Herr Fabrikbesitzer Fabian.

Sprottau, 19. Nov. [Kreistag. — Gewerbeverein.] Unter dem Vorsitz des Herrn Landrats von Dallwitz wurde gestern ein Kreis- tag abgehalten. Nach Abschluß der Berechnung für die Chaussee Sprottau-Brimtenau ist ein verfügbare Baarbestand von 36,250 M. verblieben. Hierzu wurden 6400 M. zur Ausbesserung der Sprottau-Freistädter Chaussee verwendet und im Stat für 1880/81 angesetzt. Der Restbetrag, unter Hinzurechnung der auslaufenden Binsen, circa 30,000 M., ist in Glogau deponirt. Für diese Summe sollen laut Kreistagsbeschuß Wertpapiere geäußert und der so gebildete Fonds nach Bedarf im Laufe der nächsten Jahre als Beihilfe zu den Kosten erheblicher Neu- oder Reparaturbauten auf den Kreisstraßen verwendet werden. — Die Straße von Brimtenau nach Neustadt, deren Unterhaltung dem Kreise obliegt, ist, insbesondere auf der Strecke Bahnhof Waltersdorf bis Jägerhäusler Reuthau, in so schlechtem Zustande, daß ein Umbau stattfinden muß. Bei der jetzigen Anlage der Stadt ist eine dauernde Besserung nur dadurch herbeizuführen, daß teilweise ein neues Planum geschafft, die Straße verbreitert und mit Gräben versehen wird. Im Laufe des Jahres 1881 soll nach dem Beschuß der Versammlung die der Herstellung zumeist bedürftige Strecke vom Bahnhof bis zum Dorfe Waltersdorf gebaut werden. Zu den Kosten dieses Baues, veranschlagt auf 8900 M., soll der vierte Theil des oben erwähnten Reservefonds, also 7500 M., verwendet werden. Zur Neuschaffung der Strecke der Sprottau-Freistädter Chaussee vor der Grenze zwischen Langheindorf und Hartau bis zur Dorfstraße in Hartau sollen incl. der laufenden Unterhaltung 7700 Mark, desgleichen für die laufende Unterhaltung der Chaussee Sprottau-Brimtenau 1500 Mark und für die der Chaussee Sprottau-Mallmitz 1400 Mark in den Stat pro 1881/82 aufgenommen werden. Die Gemeinde Wittgendorf hat die Bewilligung der Kreisprämie für den Ausbau der Dorfstraße durch Wittgendorf, von der Feldmarksgrenze Rüdersdorf bis zu der von Kunzendorf, als Weg zweiter Ordnung beantragt. Der Kreistag beschloß mit allen gegen vier Stimmen den Antragstellern zum Ausbau dieser Straße eine Bauprämie von 25 p.C. des Kostenantrages in Höhe von 10,375 M., zahlbar in drei jährlichen Raten von je 3458 M. zu bewilligen. Die Prämie für die Dorfstraße Rüdersdorf beträgt 2766 M. In Summa sind für Wegebauten in den Stat pro 1880/81 aufzunehmen 27,825 M. Bei Beratung der Wegebauten beantragte Herr Graf Stosch-Hartau: „Dem nächsten Kreistage einen Plan wegen Ausbau der wichtigsten noch unbaubaren Wege als Wege zweiter und dritter Ordnung vorzulegen und dabei die Frage wegen Übernahme sämtlicher als Wege erster bis dritter Ordnung auszubauenden Straßen auf den Kreis zu erwägen, auch einen vorläufigen Kostenanschlag vorzulegen.“ Hierauf erfolgten Wahlen von Schiedsmännern. — Vor gestern hielt der Gewerbeverein seine General-Versammlung ab. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden, Herrn Bauinspector Fabian, erstattete Herr Sanitätsrat Dr. Wolff den Bericht über die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Vereinsjahr. Durch den Tod schieden aus dem Verein: Fleischhermeister Scheller und Wundarzt Fabian. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 151. Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt: Bauinspector Fabian, Vorsitzender; Sanitätsrat Dr. Wolff, Stellvertreter; Amtsherr Schneider, Schriftführer; Kreisausschuffeckreiter Glanz, Stellvertreter; Rector Goldbach, Schatzmeister; Lehrer Lindner, Bibliothekar; Pastor Effenberger; Wagenbauer Lehmann; Schmiedemeister Rutsch. Da Herr Superintendent Winter die auf ihn gefallene Wahl ablehnte, so mußte zur Neuwahl geschritten werden. Die Wahl fiel auf den Fleischhermeister Schmidt.

Trebnitz, 22. Novbr. [Verein für Gartenbau und Obstbau.] — Männergesangverein Concordia. Gestern Nachmittag hatten sich auf Veranlassung des Kunstgartners Galle-Ober-Glaude gegen 30 Herren aus Stadt und Land im Feige'schen Saale zusammengefunden, um über die Gründung eines Vereins für Gartenbau und Obstbau zu berathen. Herr Galle eröffnete, zum Leiter der Versammlung gewählt, dieselbe mit kurzem Hinweis auf die Notwendigkeit und den Zweck dergleichen Vereine, brachte ein bereits entworfenes Statut zur Mittheilung und forderte zur Bildung eines solchen Vereins für den biesigen Kreis auf. Nach kurzer Debatte erklärten unter Annahme der vorgelegten Statuten sofort 28 der Anwesenden (um größeren Theile Kunstgartner des biesigen Kreises, aber auch andere Freunde und Förderer der Zwecke eines Vereins für Gartenbau) ihren Beitritt zu diesem Vereine und wählten die Herren: Galle-Ober-Glaude (Vorsitzender), Meissner-Jeschütz (Stellvertreter), Jungas-Trebnitz (Schriftführer), Tauch-Trebnitz (Kassirer) und Bercht-Groß-Martinus (Beisitzer) zum Vorstande des Vereins. Bierwöchentlich findet eine Versammlung statt. Die nächste wurde für den 12. December festgesetzt. — Am 20. d. M. hielt der seit 33 Jahren bestehende Männergesangverein Concordia seine statutenmäßige Generalversammlung ab, in welcher der Vereinsdirektor, Cantor Stark, den Jahresbericht erstattete, Kreissekretär Bidler als Kassirer die Rechnung legte und die Neuwahl des Vorstandes vollzogen wurde. Bezuglich der letzteren erfolgte die Wiederwahl der Herren Stark, Bidler und Weigt, während Obersteuerkonsulent Bergmann neu gewählt wurde.

Münsterberg, 23. Novbr. [Generalversammlung des Vorstuhvereins.] Am Sonntag fand im Schießhaussaale die zweite diesjährige ordentliche Generalversammlung des biesigen Vorstuhvereins, eingetragene Genossenschaft, statt. Aus den geschäftlichen Mittheilungen entnehmen wir folgendes: Mitglieder waren am 1. Januar 1880 1091, hinzugekommen sind bis Ende September 70, ergibt also 1161 Mitglieder; ausgeschieden resp. ausgeschlossen sind bis Ende September 118, mithin blieb am 1. October eine Mitgliederzahl von 1043. Beim Vorstuhgeschäft befragt für die Einnahme vom 1. Januar bis Ende September d. J. 326,390,16 M., die Ausgabe dagegen 295,379,50 M., mithin beträgt die Mehr-Einnahme resp. wurden mehr jährlich gezahlt 31,010,66 M. Bei der Sparkasse beträgt die Einnahme vom 1. Januar bis Ende September 33,467,45 M., die Ausgabe dagegen 161,774,77 M., folglich ist die Mehrausgabe 128,307,32 M. — Nachdem für die Jahresrechnung pro 1879 Decharge ertheilt worden war, genehmigte die Versammlung die Erwerbung und Veräußerung von 2 Grundstücken, welche in der Substation angekauft werden mussten. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kaufmann Hirschberg zum Director und Kaufmann Brause zum Kassirer wiedergewählt; der bisherige erste Buchhalter im Verein, Herr Schwarzer wurde zum Controleur gewählt. Nachdem noch die Wahl von vier Ausschüfffmitgliedern und deren Stellvertretern vorgenommen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Neichenbach, 22. November. [Gründung eines Thierschutz-Vereins.] Die erfolgreiche Tätigkeit einer Anzahl an verschiedenen Dörfern in der Provinz bereits bestehender Thierschuhvereine hatte mehrere angesehene Männer in unserer Stadt Anregung gegeben, auch für Neichenbach und Umgegend einen Verein zum Schutz der Thiere ins Leben zu rufen. Diese Idee fand in der Bürgerschaft lebhafte Auffällig, so daß in diesen Tagen die Constitution des neuen Vereins erfolgen konnte. Hierbei wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt die Herren: Rector Reimann als Vorsitzender, Reichsbladirector Professor Dr. Wed als stellvertretender Vorsitzender, Amtsgerichtsrat Werner als Schriftführer, Kaufmann Dittrich als stellvertretender Schriftführer und Buchhändler Schröder als Kassirer. Außerdem wurden vom Vorstande vier Mitglieder als Sachverständige cooptiert. Mit Beginn des neuen Jahres wird der Verein seine Wirksamkeit beginnen und dieselbe auch auf die umliegenden großen Dörfer ausdehnen. Auch ist der Vorstand bereits mit mehreren auswärtigen Vereinen gleicher Art in Correspondenz getreten.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 23. Novbr. [Börse.] Obgleich die gestrigen Abendbörsen in fester Haltung verliefen haben und die heutige Wiener Börse für einzelne Werte nicht unwe sentlich bessere Notierungen meldete, konnte unsere Börse es wieder zu einer festen Tendenz, noch zu einem belebten Geschäft bringen. Es fehlt der Speculation keineswegs an gutem Willen, die vorhandene Kraft steht jedoch zu dem Wollen in keinem Verhältniß, und so entwidelt sich jener Zustand der Lethargie, welche die Operationslust hemmt und die Zahl der Geschäfte auf die Erledigung des Notwendigsten beschränkt. Jeder Tag, an welchem die Anregung von Paris oder Wien fehlt, zeigt uns dieses Bild der Geschäftsunlust, welche heute wieder in sehr hohem Grade dominirte. Auch in österreichischen Nebenbahnen, welche noch immer den Centralpunkt des Verkehrs bilden und recht feste Tendenz befunden, waren die Umsätze verringert, da der Wiener Platz seine großen Bezüge nicht mehr in dem bisherigen Maße fortsetzt. Heute waren es nur Börsenbörger, die den Reisen auf diesem Gebiet anführten und bei einem Course von 95% gegen gestern eine Advance von 4 p.C. davontrugen. Elbthal- und Nordwestbahn bewegten sich auf gestrigem Niveau, Galizien gewannen bei ziemlich regen Umläufen 1% p.C., Elisabethbahn bei geringerem Geschäft ca. 1 p.C. Auch heimische Bahnen waren ziemlich fest, indeß kamen nur

in Oberschlesischen und Bergischen Abschlüsse von bemerkenswerthem Umfang zu Stande. Auf dem Montanmarkt war es so leblos, daß bis 12 Uhr gehandelte Course gar nicht zu ermittelten waren. Banken waren ebenfalls vernachlässigt, documentirten aber ziemlich feste Tendenzen. Der Rentenmarkt war etwas schwächer als gestern, bei 1% niedrigerer Notierung ging Einiges in Ungarischer Goldrente um. Russische Fonds entwirten nach unten, gaben aber nur Kleinigkeiten ab, weil die Geschäftstätigkeit auf diesem Gebiete eine äußerst träge war, Noten hielten sich relativ fest und erfuhrn eine geringe Besserung. Creditactien, an der Börse zu 490% gehandelt, gewannen bei Beginn der offiziellen Börse 1 M., mußten aber unter dem Druck der Geschäftsunlust auf ihren Ausgangspunkt zurückkehren. Lombarden und Franzosen wurden durch Pariser Käufe gehalten und konnten ihr gestriges Niveau behaupten. Im weiteren Verlaufe wurde in Folge eintreffender niedrigerer Notierungen aus Wien die Haltung für die internationalen Spielpapiere sowie für Renten eine schwächere, auch das Geschäft in österreichischen Nebenbahnen wurde stiller. Dagegen erfreuten sich heimische Bahnen etwas größerer Beachtung, Bergische und Mainzer gewannen 1% p.C. In Oberschlesischen entpuppten sich ein lebhafter Kampf zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Parteien, von 199% auf 201 getrieben, mußte der Cours unter dem Einfluß stärkeren Angebots bis 200 wieder zurückgehen. In Montanwerthen blieb es regungslos, es soll die Tendenz des amerikanischen Eisenmarktes an Festigkeit nachgelassen haben, auch wollte man von ungünstigen Nachrichten aus dem Dortmunder Revier wissen. Zum Schluß entwirten sich noch mehrfache Schwankungen, die das Coursniveau im Allgemeinen aber wenig veränderten. Duxer bis 96 steigend.

Course um 2% Uhr: Rubig. Credit 491,50, Lombarden 155,50, Franz. 483,00, Reichsbank 146,50, Disconto-Commandit 176,50, Handels-Gesellschaft —, Laurahütte 115,75, Türken —, Italiener 86,00, Österreichische Goldrente 74,62, Ungarische Goldrente 92,37, Dortmund Union 80,75, Österreichische Silberrente 62,62, do. Papierrente 61,87, Proc. Russen 91,50, Köln-Mindener —, Rheinische —, Bergische 116,00, Rumänische Rente 89,50, Russische Roten 204,50, II. Orient-Anleihe 57,00, do. III. 57,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oester. Silber. Coupl. 171,70 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,70 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 25 p.C. I. Wien, Amerit. Golo-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,44 bez. 1822er Russen —, Große Russ. Staatsbank —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Warschau-Lederpol —, bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Obers. 1822er Russen zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lit. Obligat. 20,30 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 23. Nov. Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, Neuzeit Anleihe 1872 119, 20. Türken —, Neue Egyptier 230, — Banque ottomane —, Italiener 87, 70. Chemins —, Oester. Goldrente —, Ungar. Goldrente 94, 31. Spanier after 21%, inter. —, Staatsbahn —, Lombarden —, 1877er Russen —, Türkenloose —, Türken 1873 —, Amortisbare —, Orient-Anleihe —, Pariser Bank —, fest.

London, 23. Nov. Proc. Russen von 1873 90%. Silber 51, 11.

Frankfurt a. M., 23. Nov. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 37. Pariser Wechsel 80, 61. Wiener Wechsel 172, 10. Köln-Mindener Stamm-Aktion 147%. Rheinische Stamm-Aktionen 159. Hessische Ludwigsbahn 95%. Köln-Mind. Prämiens-Anth. 131%. Reichsbank 100. Reichsbank 146%. Darmstädter Bank 152%. Metzinger Bank 95%. Oester. Ungarische Bank 702, 50. Creditactien 244%. Silberrente 62%. Goldrente 74%. Ungarische Goldrente 92% 1860er Lothe 122%. 1864er Lothe 312, —. Ungarische Staatslothe 220, —. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 84. Böhmisches Westbahn 206%. Elisabethbahn 177. Nordwestbahn 159%. Galizier 236%. Franzosen 240%. Lombarden 76%. Italiener —. 1877er Russen 91%. 1880er Russen 70%. II. Orientanleihe 57. Central-Bahn 111%. Lotzbringer Eisenwerke —. Privat-Discont — p.C. Still, österr. Bahnen bleibt, theilweise erheblich höher.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 244%. Franzosen 240%. Galizier 238%. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —.

* per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 23. Nov. Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. Proc. Comtois 100, Hamburg St. B. 124%, Silberrente 62%, Oest. Goldrente 74%, Una. Goldrente 92%, Credit-Aktion 244%, 1860er Lothe 122%, Franzosen 593%, Lombarden 190, Italien. Rente 85%, 1877er Russen 91%, II. Orient-Anl. 55, Vereinsbank 119, Laurahütte 116, Nordb. 166, Commerzbank 121, Anglo-deutsch 74%, 5% Amerikanisch 94, Rhein. Eisenbahn 158%, do. junge 152%, Berg. Markt. do. 115%, Berlin-Hamburg 281. Altona-Giel. do. 157. Discont 3% %. fest.

Silber in Barren per Kilogr. 152, 50 Br., 152, 00 Gd.

Wechselnotierungen: London Lang 20, 28 Br., 20, 22 Gd., London kurz 20, 29 Br., 20, 31 Gd., Amsterdam 167, (5 Br., 166, 45 Gd., Wien 170, 50 Br., 168, 50 Gd., Paris 79, 95 Br., 79, 55 Gd., Petersburger Wechsel 202, 50 Br., 198, 50 Gd.

Hamburg, 23. Nov. Nachmitt. [Getreidemarkt] Weizen loco fest, auf Termine besser. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen per November 206 Br., 205 Gd., pr. April-Mai 215 Br., 214 Gd. Roggen pr. November 208 Br., 208 Gd., pr. April-Mai 156 Br., 195 Gd. Hafer still, Gerste ruhig. Rübel still, loco 56%, pr. Mai 57%. Spiritus per November 50 Br., pr. December-Januar 49% Br., pr. Januar-Februar 49% Br., pr. April-Mai 49% Br. Kaffee stetig, Umsatz 2500 Sad. Petroleum matt, Standard white locs 9, 90 Br., 9, 65 Gd., pr. November 9, 60 Gd., pr. December 9, 80 Gd. — Wetter: Kalt, nebelig.

Liverpool, 23. Novbr. Vormittags. [Baumwolle] (Anfangsbericht.) Mühlbacher Umsatz 10,000 Ballen. Sich bessern, auf Zeit steigend. Novemberlieferung 6% D. Tagesimport 16,000 Ballen, davon 13,000 amerikanische, 3000 egyptische.

Liverpool, 23. Novbr. Nachmittags. [Baumwolle] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner Surais 1%, good middling Amerikaner und Bengals 1% D. Lieferer. Mittl. amerikanische December-Januar-Lieferung —, Januar-Februar-Lieferung 6%, März-Lieferung 6%, D. Tagesimport 16,000 Ballen.

Manchester, 23. Novbr. Nachm. 12r Water Armitage 7%, 12r Water Taylor 8%, 20r Water Nicholls 8%, 30r Water Gibbons 9%, 30r Water Clayton 10%, 40r Mule Mayall 10%, 40r Mediv. Wilkinson 11%, 36r Warp. Corp. Qualität Rowland 10%, 40r Double Weston 11%, 60r Double Weston 13%, Printers 10%, 24%, 8% v.d. 96. Anziehend.

Petersburg, 23. Nov. Nachmittags 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 M. 24 1/2%, do. Hamburg 3 M. 200%, do. Amsterdam 3 M. —, do. Paris 3 Mon. 256%, Russische Prämiens-Anleihe do. 1864 (geft.) 218, do. de 1866 (geft.) 211%, Russ. Anl. de 1873 137%, Russ. Anl. de 1877 143%, 2% Impérials 8, 12, Große Russ. Renn. Eisenbahnen —, Russ. Bodencredit, Briefe loco 128, II. Orient-Anleihe 90%, III. Orient-Anleihe 90%, Privatdiscont 6 1/2%.

Petersburg, 23. Nov. Nachmittags 5 Uhr. [Producentenmarkt.] Talg. loc. 55, 00, pr. August 58, 00. Weizen loco 18, 00. Roggen loco 14, 60. Hafer loco 6, 25. Hans loco 31, 00. Leinsaat (9蒲) loco 17, 25. — Wetter: Frost.

Königsberg, 23. Nov. Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fester. Roggen unverändert, loco 117/118 pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 193, 75, pr. November 195, 00, pr. Frühjahr 192, 50. Gerste flau. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 146, 00, pr. Frühjahr 142, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 168, 00. Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. loco 57, 25, pr. Novbr. 57, 25, pr. Frühjahr 58, 50. — Wetter: Regnerisch.

Danzig, 23. Nov. Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fester. Roggen unverändert, loco 117/118 pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 193, 75, pr. November 195, 00, pr. Frühjahr 192, 50. Gerste flau. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 146, 00, pr. Frühjahr 142, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 168, 00. Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. loco 57, 25, pr. Novbr. 57, 25, pr. Frühjahr 58, 50. — Wetter: Regnerisch.

Berl., 23. Novbr. Vorm. 11 Uhr. [Producentenmarkt.] Weizen loco fest, pr. Januar-Juni 26, 00, pr. Frühjahr 25, 50. Hafer steigend, pr. November 25, 25, pr. Decbr. 25, 50, pr. Januar-April 26, 50, pr. Mai-August 26, 50. — Wetter: Kalt.

Paris, 23. Novbr. Nachmittags. Nobzader 88% fest, loco 54, 75. Weizen Nobzader behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. November 62, 00, pr. December 62, 25, pr. Jan-April 62, 87.

London, 23. Novbr. Nachm. Habanozader Nr. 12 23%. Stetig. Amsterdam, 23. Novbr. Nachm. Bancazzin 56. Antwerpen, 23. Novbr. Nachm. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen fest, Hafer knapp. Gerste still. Antwerpen, 23. Novbr. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleumsummarkt] (Schlußbericht) Raffinerie, Type weiß, loco 24 1/2% bez. und Br., pr. Decbr. 24 1/2

Berliner Börse vom 23. November 1880.

Fonds- und Geld-Course.

	Wochsen-Courses.			
Deutsche Reiche - Ap. I.	100,00	bz	8 T. 1/2	168,15 bz
Consolidierte Anleihe	104,50	bz	2 M. 3	167,43 bz
do. do. 1876	106,00	bz	8 T. 1/2	20,33 bz
Staats-Anleihe	93,95	bz	3 M. 1/2	20,50 bz
Sainte-Schuldscheine	98,50	bz	8 T. 1/2	80,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	148,60	bz	2 M. 1/2	19,18 bz
Berliner Städ.-Oblig.	103,25	bz	3 W. 1/2	203,46 bz
Berliner	102,75	bz	3 M. 1/2	201,30 bz
Pommersche	88,95	G	do. do.	204,65 bz
do. do.	88,75	G	do. do.	172,26 bz
do. Landch.Crd.	102,00	bz	2 M. 1/2	171,16 bz
Posenische neue	56,25	G		
Schlesische	51,45	G		
Landschaft.Central	58,75	bz		
Kur. u. Neumärk.	99,85	bz		
Pommersche	59,60	G		
Posensche	59,35	bz		
Preussische	59,25	G		
Westfäl. u. Rhein.	106,20	bz		
Sächsische	106,00	bz		
Sächsische	99,95	bz		
Sächsische Prän.-Anl.	132,95	bz		
Sächsische Prän.-Anl.	132,00	bz		
do. Al.v. 1876	93,95	bz		
Görl.-Mind. Prämieneisch	131,55	bz		
Elekt. Rente v. 1876	77,00	bz		

Zentraleurode, Fondsbriefe,

	Dollar	Oest. Bkn.	172,46 bz
Eouver.	22,32	bz	do. Silberge
Napoleon	16,14	bz	do. Russ.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

	Divid. pro	1878	1879
Aachen-Maistricht	1/2	4	29,66 bz
Berg.-Märkische	5	4/1	115,55 bz
Berlin-Inhalt	5	5	120,25 bz
Berlin-Görlitz	0	0	18,89 bz
Berlin-Hamburg	10/2	12/2	231,00 bz
Berl.-Potsd.-Magd.	3/2	4	95,50 etbz
Berl.-Stettin	3/2	4	114,70 nzG
Böhni. Westbahn	5/2	5	12,29 bz
Bresl.-Freib.	3/2	4	16,93 bz
Cöln-Minden	6	6	147,50 bz
Dux-Bodenbach	0	0	95,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,21/2	7,738	118,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	21,30 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	65,95 etbz
Kronpr. Rudolfs.	5	5	71,60 nzG
Ludwigs.-Bebx.	3	3	24,25 G
Märk.-Posener	0	0	28,90 bz
Magdeh.-Halberst.	2/2	3	147,40 bz
Mainz-Ludwigs.	4	4	95,25 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	93,25 G
Oberschl. A. C.D.E.	8/2	9/2	200,10 bzG
de. B. B.	9/2	10/2	164,50 bz
Oesterr.-Fr. St. B.	6	6	452,50-82,00
Oest. Nordwestb.	4	4	318,00 bzG
Oest.-Südb.(Lomb.)	0	0	154,50-84,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	47,00 bz
Bechthe.-O.U.-B.	7	7/10	160,90 bz
Reichenberg-Parl.	4	4	60,75 bzG
Eheinische	7	7	158,75 bzG
do. Lit. B. (49,00 gar.)	4	4	29,89 bz
Rhoin-Nahe-Bahn	0	0	20,65 G
Ruinen-Eisenbahn	2	3/2	63,80 G
Schwein-Westbahn	0	0	24,90 bzG
Stargard.-Posener	4/2	4/2	162,00 bz
Thüringer Lit. A.	5	5	177,25 bzG
Warschauer-Wien	9,12/2	11/2	46,25 etbzG
Weimar-Gera	4/2	4/2	49,80 G

Ausländische Fonds.

	fest. Silber-B.	1/2	62,76 bz
do. 1/2, 1/4, 1/40	62,90	bz	
do. Goldrente	4,74	bz	
do. Papierrente	41/2	61,50	bz
do. 54er Präm.-Anl.	117,00	bz	
do. 54er Pf.ktzl.bnb.	10,50	bz	
do. 41/2 do. m. 110	101,75	bz	
do. 41/2 do. m. 110	123,30	bz	
do. Credit-Losco.	fr. 33,40	etbzG	
do. 64er Louse.	fr. 33,00	bzG	
do. 50% Anleihe	56,30	bz	
do. 50% Anleihe	56,30	bz	
Baab-Grazer 100 Thlr.L	1/2,90	bzG	
Rumanische Anleihe	—		
Ruman. Staats-Obligat.	88,75	bz	
Türkische Anleihe	16,37	G	
Ungar. Goldrente	92,45	bz	
do. Loose (M.p. St.)	22,00	bz	
UNG. 50% Elb.-Kl. 1/2	88,10	bzG	
Gümmerische 10 Thlr.-Loose	48,40	bz	
Märkische Loos. 24,50	bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.		
Berlin-Dresden	0	0	53,76 bzG
Berlin-Görlitz	3/2	3/2	81,25 bzG
Breslau-Warschau	0	0	38,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	95,80 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	5	5	46,40 bzG
Märkisch.-Posener	5	5	102,60 bzG
Magdeh.-Halberst.	4/2	4/2	85,43 bz
do. Lit. C.	5	5	122,30 bzG
Marienburg-Miawa	0	0	87,25 bz
Ostpr. Südbahn	5	5	93,25 bzG
Posen-Kruszw. 28/16	28/16	28/16	69,50 bzG
Rechte.-O.U.-B.	8	8	148,50 bzG
Ruinen	0	0	—
Saal-Bahn	0	0	52,25 bz
Weimar-Gera	0	0	33,90 bz

Bank-Papiere.

	Allg. Dent. Hand.-G.	2	6	71,89 bz
Beri. Kassan.-Ver.	2	6	170,60 G	
Beri. Handels-Ges.	0	0	166,50 bzG	
Erl. Prd.-u. Hdz.-B.	0	0	88,00 bzG	
Braunsch. Bank	4/2	4/2	90,25 bzG	
Bresl. Disc.-Bank	5/2	5/2	95,90 bzG	
Coburg	2	2	1,07,00 G	
Danziger Priv.-B.	5/2	5/2	88,25 G	
Darmat. Creditb.	6/2	6/2	161,60 bz	
Darmat. Zettelb.	5/2	5/2	106,80 G	
Dessauer Landesb.	5/2	5/2	117,25 G	
do. Reichsb.	5/2	5/2	146,50 bz	
do. Hyp.-B.Berl.	5/2	5/2	146,50 etbzG	
Disc.-Comm.-Anth.	5/2	5/2	91,50 bzG	
do. ult.	5/2	5/2	1,65,75-6,60	
Genossensch.-Inv.	5/2	5/2	116,50 bzG	
Goth. Gründereb.	5/2	5/2	89,25 G	
do. junge	5/2	5/2	82,40 bzG	
Hamb. Vereins-B.	7/2	7/2	—	
Hannov. Bank	5/2	5/2	102,35 bzG	
Königsl. Ver.-Bank	5	5	101,50 G	
Lindw.-B. Kwieki	4/2	4/2	72,00 G	
Leipz. Cred.-Anst.	5/2	5/2	145,60 G	
Luxemburg. Bank	7/2	10	146,80 bzG	
Magdeburger do.	5/2	5/2	113,00 bz	
Meiningen do.	2/2	2/2	95,90 bzB	
Nord.-Bahn.	8/2	10	167,00 G	
Nord.-Grundsr.-B.	0	0	46,40 G	
Oberlausitzer Bk.	4	4	85,60 G	
Oest. Cred.-Action	5/2	11/2	491,491,50	
Posener Pro-Bank	4	6	116,50 G	
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	5	5	80,80 G	
Pr. Cont.-Bod.-Ord.	5/2	5/2	129,75 bz	
Sachs. Bank.	5/2	5/2	119,35 G	
Schl. Bank-Verein	5	5	107,25 G	
Wiener Unionsbk.	5	5	196 G	

<h2